

# Economiesuisse berücksichtigt beim Einsatz der Mittel «jeweils auch das Gesamtbild»

**Was hat Priorität?** 1,2 Millionen Franken für ein Nein zur chancenlosen Klimafonds-Initiative und 300'000 für die umkämpfte Individualbesteuerung. Wie rechnet der Wirtschaftsdachverband?

## Quentin Schlapbach

Die Schweiz steht vor einer spannenden Abstimmung. Wie die zweite Tamedia-Umfrage zum Urnengang zeigt, liegen die Befürworter der Individualbesteuerung wenige Tage vor dem Urnengang nur noch knapp im Vorsprung. Der Ja-Anteil ist innerhalb eines Monats von 64 auf 53 Prozent gesunken.

Für das Pro-Lager bedeutet dies, dass es in den letzten zehn Tagen noch einmal alles in die Waagschale werfen muss, um den Nein-Trend zu stoppen. Ausgerechnet der wichtigste Geldgeber des Ja-Komitees setzt seine finanziellen Prioritäten im laufenden Abstimmungskampf aber anders.

Economiesuisse, der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, stellt dem Pro-Lager 300'000 Franken für den Abstimmungskampf zur Verfügung. Das ist nur ein Viertel des Budgets, das

er für die Bekämpfung der Klimafonds-Initiative ausgibt. Dies, obwohl das Abstimmungsergebnis beim Klimafonds längst klar ist.

## Economiesuisse verteidigt Strategie

Bereits in der ersten Umfrage Mitte Januar kam die Initiative lediglich auf einen Ja-Anteil von 33 Prozent. Auch zeigten frühere Abstimmungen zu Umweltthemen, dass solche Initiativen in der Regel chancenlos sind, wenn nur SP, Grüne und die Umweltverbände dahinterstehen. Die Biodiversitätsinitiative scheiterte im September 2024 mit 63 Prozent Nein-Stimmen, die Umweltverantwortungsinitiative im Februar 2025 mit 70 Prozent Nein-Stimmen und die Juso-Initiative, die ebenfalls das Klima begünstigen wollte, erlitt letzten November sogar mit 78 Prozent Nein-Stimmen Schiffbruch. Ebenso klar dürfte die Klimafonds-Initiative scheitern. Nur 28 Prozent



«Die Einschätzung, die Initiative sei von Anfang an chancenlos gewesen, greift zu kurz.»

**Josef Marty**  
Bereichsleiter Kampagnen  
bei Economiesuisse

wollen sie laut der jüngsten Umfrage annehmen.

Angesichts dieser Ausgangslage kann man sagen, dass Economiesuisse mit dem 1,2 Millionen-Budget mit Kanonen auf Spatzen schießt. Der Verband sieht das aber anders. «Die Einschätzung, die Klimafonds-Initiative sei von Anfang an chancenlos gewesen, greift zu kurz», sagt Josef Marty, Bereichsleiter Kampagnen bei Economiesuisse. Die Nein-Kampagne seines Verbandes habe die Risiken der Initiative einer breiten Bevölkerung erst sichtbar gemacht. Die klaren Umfragergebnisse seien letztlich die Folge davon, dass die Argumente von Economiesuisse Wirkung zeigen.

Von der Individualbesteuerung erhofft sich Economiesuisse positive Auswirkungen auf die Wirtschaft, insbesondere weil verheiratete Paare dadurch den Anreiz haben, mehr zu arbeiten. Der 18-köpfige Ausschuss des Verbandsvorstands, der über das

Engagement und den Mitteleinsatz bei Abstimmungsvorlagen entscheidet, gibt sich angesichts seiner finanziellen Möglichkeiten aber knausrig. Die 15 Männer und 3 Frauen haben exakt denselben Betrag gesprochen wie etwa für die Bekämpfung der chancenlosen Juso-Initiative letzten November.

## FDP wird selbst aktiv für die «Schlussmobilisierung»

Josef Marty sagt, der Mitteleinsatz sei von mehreren Faktoren abhängig. «Bei jeder Vorlage wird jeweils auch das Gesamtbild berücksichtigt – wie etwa die Rolle von Economiesuisse in der jeweiligen Kampagne, das Engagement anderer Allianzpartner oder der Gegnerschaft.»

Kurz vor der Ziellinie gibt es für das Pro-Komitee nun noch einen Boost – nicht von Economiesuisse, sondern von der FDP. Sie verhalf der Individualbesteuerung bereits im Par-

lament zum Durchbruch und hat nun bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle in letzter Minute noch ein zusätzliches Kampagnenbudget von 150'000 Franken gemeldet. «Die FDP hat beschlossen, Mittel für die Schlussmobilisierung einzusetzen», sagt Matia Demarmels, Kommunikationschef der Partei. Das Geld stamme grösstenteils aus Kleinspenden, welche die FDP im Rahmen der Kampagne gesammelt habe.

Den verhältnismässig bescheidenen Effort von Economiesuisse will die FDP nicht kritisieren. «Die FDP dankt allen, die sich für die Abschaffung der unfairen Heiratsstrafe einsetzen», sagt Demarmels. Die Partei schätze die breite Unterstützung aus der Bevölkerung – etwa in Form von Kleinspenden – ebenso wie das Engagement von Organisationen und Verbänden – «darunter auch Economiesuisse».